# Weltrundschau : ungelöste Fragen ; Nixon, Johnson und Vietnam ; Handlanger Moskaus ; Neuer kalter Krieg? ; De Gaulle in Nöten ; Chinas zweite Revolution

Autor(en): **Kramer, Hugo**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **62 (1968)**

Heft 12

PDF erstellt am: **05.06.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-141499

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

**Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

**http://www.e-periodica.ch**

strie interessiert sind, finden daran, wenn sie ehrlich sind, gar nicht viel auszusetzen. Auch viele Bührle-Arbeiter nicht. Das zu leugnen, hätte gar keinen Sinn. Man kann es sogar schwarz auf weiss in Leserbriefen an unsere Zeitungen festgestellt sehen. Es wird schon eine sehr tiefgreifende Revolution unseres Denkens und Wollens nötig sein, wenn dem Kapitalismus der Boden einmal wirklich entzogen werden soll. Neue rechtliche und wirtschaftliche Ordnungen zu erstreben und zu schaffen, ist soweit gut und recht; aber wenn diese Ordnungen nicht in unser aller Herz und Gewissen verankert sind, werden sie keinen Bestand haben und höchstens einen oberflächlichen, trügerischen Zwangs- und Gewaltsozialismus ermöglichen. Das ist *auch* eine Lehre aus dem Bührle-Skandal, und nicht die am wenigsten wichtige. *H. K.*

## WELTRUNDSCHAU

**Ungelöste Fragen** Das zu Ende gehende Jahr war reich an weltbewegenden Ereignissen. Aber wieder einmal muss man feststellen, dass es nirgends zu einem wirklichen Durchbruch nach vorn gekommen ist. Ansätze dazu, und recht vielverheissende, hat es sicher gegeben. Aber statt dass die alte Welt und ihre Ordnungen, die so drückend auf den Völkern lasten, wirklich im Kern erschüttert worden und eine neue Welt, eine Welt der Gerechtigkeit, der Freiheit, des Friedens, auch nur in einem einzigen grösseren Raum deutlich und siegreich aufgestiegen wäre, haben wir fast überall Rückschläge, Stockungen, Niederlagen erlebt. Es sind im besten Fall unruhige Vorboten einer neuen Ordnung, Schöpfungsnebel, die aus der Urflut aufsteigen, was wir um uns herum wirbeln sehen. Aber dass der Geist Gottes über den Wassern schwebe und sich aus dem Chaos der Kosmos zu bilden beginne – das kann man doch auch mit viel prophetischer Phantasie nicht wohl behaupten...

Das Jahr 1968 hinterlässt seinem Nachfolger eine Menge ungelöster und doch so dringend der Lösung harrender Fragen. Die im Januar angehobene Reformbewegung in der Tschechoslowakei ist von aussen her brutal zurückgeworfen worden, und es ist noch gar nicht abzusehen, was daraus schliesslich werden soll. In Frankreich ist aus der revolutionären Auflehnung der Studenten und der unabhängig handelnden Arbeiter durch Schuld der offiziellen «Revolutionäre» eine Neubefestigung des kapitalistischen Regimes hervorgegangen. Die französische Währungskrise ist nur notdürftig überwunden und ruft dringend einer gründlichen Neuordnung des ganzen internationalen Währungssystems. Die längst bankrotte «Politik der Stärke» in Westdeutschland hat sich noch weiter verhärtet und verkrustet. Was in England geschieht, ist alles andere als die Grundlegung einer sozialistischen Neugestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft durch die Labour-

regierung. Die reaktionär-faschistischen Mächte in Südeuropa, in Portugal, Spanien und Griechenland, stehen zwar auf schwankendem Boden, klammern sich aber desto krampfhafter an ihre Gewaltmaschinerien, während die mehr als je zerrissene Linke in Italien den konservativen Besitzerklassen in ihrer unfruchtbaren Ohnmacht höchstens durch andauernde Streikbewegungen ein paar fragwürdige Zugeständnisse zu entreissen vermag.

Afrika, der braun-schwarze Erdteil, ist von Algerien über Nigeria-Biafra, den Kongo und Rhodesien bis zum Kap der Guten Hoffnung (!) in unausgesetzter Gärung, ohne dass – von Ausnahmen abgesehen – daraus etwas Reifes, Festes, Zukunftsvolles werden will. Der Nahe Osten kann eher morgen als übermorgen zum Schauplatz eines vierten Krieges um Israel werden. Im Mittleren und Fernen Osten, von Persien bis Pakistan, Indien, China und – dass Gott erbarm! – immer noch Vietnam, geht es mit der Befreiung der ausgebeuteten, verelendeten Völkermassen, wenn überhaupt, so nur unter rohem Blutvergiessen und schwächenden Krämpfen und Zuckungen vorwärts, ohne dass etwas wahrhaft Rettendes geschähe. Ähnliches muss man von Mittel- und Südamerika sagen, dessen Völker die Kraft zur Abschüttelung ihrer in- und ausländischen Bedrücker noch immer nicht gefunden haben. (Die Ermahnung, die Papst Paul VI. den Lateinamerikanern hat zukommen lassen: «Reiche, seid grossherzig; Arme, seid geduldig!» wird bei den Besitzenden sicher lebhafte Zustimmung finden...) Und statt dass die «fortgeschrittenen», die «führenden» Nationen der Welt den Kampf gegen Hunger und Armut in allen Erdteilen im Blick auf die ihnen selber drohende Katastrophe einer nahen Zukunft mit voller Entschlossenheit aufnähmen, rüsten sie unter frevelhafter Verschleuderung ungeheuerlicher Mittel und Kräfte zum dritten Weltkrieg, der sie alle ruinieren müsste. Wo man hinschaut – sozusagen überall ungelöste Fragen, unerfüllte, ja oft unerkannte Aufgaben, eine Summe von Versäumnissen und schuldhaften Verwicklungen, die dem Gericht geradezu unabweisbar rufen. Und da tröstet man sich noch mit den blendenden Fortschritten von Technik, Wissenschaft und Wirtschaftsorganisation über das innere Elend und die sittliche Verlotterung der reichen Nationen hinweg und berauscht sich an der Aussicht, dass im Jahr 1969 der erste Mensch – Russe? Amerikaner? – auf dem Mond landen werde!

**Nixon, Johnson und Vietnam** Die Lage in den *Vereinigten Staaten* bedarf in diesem Zusammenhang einer besonderen Betrachtung. Nordamerika ist ja ein einziges grosses Fragezeichen. Und die Wahl Richard *Nixons* zum Präsidenten der USA macht es womöglich noch grösser als bisher. Dem neuen Präsidenten sind natürlich – nichts ist erfolgreicher als der Erfolg – sofort Lobsprüche und Vorschusslorbeeren in reicher Zahl gespendet worden, nicht zuletzt bezeichnenderweise vom westdeutschen Bundeskanzler Kiesinger. Und auch Beobachter, die vor der Wahl eher kritisch und misstrauisch gegenüber Nixon waren, finden jetzt plötzlich, dass man ihm recht wohl vertrauen könne. Das Profil dieses Politikers, so hiess es etwa, sei eben nicht eindeutig

festzulegen, und überhaupt bestehe bekanntlich ein Unterschied zwischen einem agitierenden Präsidentschaftskandidaten und einem amtierenden Präsidenten – was nicht mehr als ein billiger Gemeinplatz ist. In Wirklichkeit ist Nixons Profil sehr eindeutig festgelegt. Gewiss, er hat keine politischen Grundsätze, bei denen man ihn behaften könnte. Aber das ist es ja gerade: er hat den alles beherrschenden Grundsatz, *keine* Grundsätze zu haben. «Hier stehe ich; ich kann auch anders» – das ist Nixon, wie er leibt und lebt. Der neue USA-Präsident handelt womöglich noch mehr als der alte nicht nach Überzeugung; er tut, was ihm als zweckmässig erscheint, um sich im Kampf der Meinungen und Interessen in seinem Machtstreben zu behaupten. Er ist darum, wie der (ungenannte) Verfasser einer Nixon-Charakterstudie im «New Statesman» (8. November) feststellte, geradezu «ein Wunder an Wechselhaftigkeit». «Zu fragen, was er wirklich glaube, hiesse seinen Verstand und seine Unabhängigkeit zu ernst nehmen ... Er wird sich wahrscheinlich Fragen aussuchen, die er gefühlsmässig handhaben kann und für die er breite Unterstützung im Volk wittert ... Aber der gebildete Amerikaner ausserhalb der Politik hat nur *eine* Reaktion auf Nixon: er schämt sich für ihn ... Man liebt ihn nicht, man traut ihm nicht, er ist kein Held, ja nicht einmal ernsthaft geachtet. Amerika hat neuerdings vielleicht zu viel von seinen Präsidenten erwartet. Aber von Nixon erwartet man überhaupt nichts. Und das mag auch ganz gut für sein Land sein.»

Nixon wird in der inneren Politik so vorsichtig die Politik seiner Hintermänner machen müssen, als es die Rücksicht auf das Gegenlager und auf ein von den sogenannten Demokraten beherrschtes Parlament erlaubt. Finanz- und Wirtschaftsfragen, Negerfrage, Sozialreform, Arbeiterbegehren, Massenarmut und all die anderen Probleme, die vor seiner Regierung stehen – er wird sie so konservativ-kapitalistisch anzugehen suchen, als es ihm möglich ist. In der Aussenpolitik wird es nicht anders sein. Hier wird er sich zuerst einmal mit der *Vietnamerbschaft* auseinandersetzen müssen, die ihm Johnson hinterlassen hat. Und das kann auch für einen so wendigen Typ, wie er einer ist, wenig Anziehendes haben. Wenn man jetzt liest, wie sich die Verhandlungen abgespielt haben, die zu Johnsons Befehl geführt haben, die amerikanischen Luftangriffe auf Nordvietnam einzustellen, so kann man nur staunen. Staunen über die Leichtfertigkeit und Hinterhältigkeit, die der scheidende Präsident dabei entwickelt hat. Er hat denn auch seinen Lohn bereits empfangen. Er hat sich in seiner eigenen Schlinge gefangen. Statt die Regierung von Südvietnam hereinzulegen im Vertrauen darauf, dass die Saigoner Machthaber keine Woche am Ruder bleiben könnten, wenn Washington seine Hand von ihnen abziehe, lassen ihn die Herren Thieu und Konsorten mitleidlos selber zappeln und weigern sich noch immer, die Pariser «Friedenskonferenz» zu beschicken, wenn der Vietkong dabei als selbständiger Verhandlungspartner auftreten dürfe, wie es die USA-Regierung gegenüber Hanoi zugestanden zu haben scheint. Johnson hat, wie man zutreffend gesagt hat, seine Regierung auf eine Haltung festgelegt, deren Folgerung entweder die Ruinierung der Regierung Thieu oder der Widerruf der amerikanischen «Verpflichtung» zur Unter-

stützung von Saigons Oberklasse im Kampf gegen die soziale Revolution ist. Man wird ja wohl einen Kompromiss zwischen Johnson und Thieu aushandeln; in Saigon wird man eben die Herausforderung Washingtons doch nicht auf die Spitze treiben dürfen. Aber ob dann Nixon, wenn er Johnson los ist, imstande sein wird, den unvermeidlichen Rückzug der Amerikaner aus ganz Vietnam vorzubereiten, ohne seinen Anspruch auf die rückhaltlose Verteidigung von Amerikas imperialer Weltgeltung zu zerstören, das wird man sich doch billig fragen müssen.

Bisher sieht es jedenfalls nicht danach aus, dass Nordvietnam und der Vietkong Nixon helfen werden, das südostasiatische Abenteuer ohne Demütigung der Vereinigten Staaten zu liquidieren. Es mag sein, dass man in Washington – mit Einschluss der Militärführer und auch der hinter Nixon stehenden Wirtschaftskräfte – bereits Vietnam abzuschreiben entschlossen ist. Wenigstens hat Johnsons Unterhändler in Paris, Averell Harriman, kalt lächelnd versichert, die USA seien «bestrebt, Südvietnam sein eigenes Schicksal wählen zu lassen, ohne Einmischung und Druck von aussen» – also genau das Gegenteil dessen, was die amerikanische Politik bisher tatsächlich getan hat. Und Nixon wird sicher fähig sein, die neue «Ausverkaufspolitik» auch mitzumachen, wenn nur Hanoi ihm die Kehrtwendung nicht allzu schwer macht. Aber gerade das ist eben die Frage. Wird Nordvietnam – und mit ihm die südvietnamesische Befreiungsfront – Weisheit und Menschlichkeit genug aufbringen, um den Amerikanern und sich selber die Fortsetzung der Schlächterei «bis zum bitteren Ende» zu ersparen? Oder wird der Erfolg, den Hanoi mit dem Abbruch des Luftkrieges durch die USA errungen hat, es ermutigen, nun erst recht auf der bedingungslosen Räumung Vietnams durch die Amerikaner zu bestehen, also den vollen militärischen Sieg des todesmutigen Völkchens von Vietnam über die stärkste Kriegsmacht der Welt zu erstreben?

**Handlanger Moskaus** Neben Vietnam bleibt uns ein innerstes Anliegen weiterhin die *Tschechoslowakei* und ihr Kampf um einen menschlichen, charaktervollen Sozialismus. So wie sich die Dinge in den letzten Wochen entwickelt haben, scheint die mit ebensoviel List wie Gewalt begonnene Unterwerfung der CSSR unter den Willen Moskaus mit unerbittlicher Folgerichtigkeit fortzuschreiten. Zug um Zug weichen die nominellen Staats- und Parteiführer der Tschechen und Slowaken vor den Erpressungsmanövern und Drohungen der Russen zurück. Es ist traurig anzusehen, wie die ehedem so hochgemuten Reformer eine ihrer Stellungen nach der anderen preisgeben und ihre Haltung vor dem belogenen und zur Ohnmacht verurteilten Volk zu beschönigen suchen. Die Schlusserklärung des kommunistischen Zentralkomitees, des eigentlichen Parteiparlaments, vom 17. November ist zwar reichlich gewunden und unklar, kann aber den Eindruck nicht verwischen, dass von einer ehrlichen Fortführung der «Januarreformen» keine Rede mehr sein kann. Wie da Dubcek behaupten kann, das Hauptziel der Parteileitung sei es, «die positiven Grundsätze der Nach-Januarpolitik zu befolgen», und im gleichen

Atemzug beizufügen wagt, dass dies «entsprechend der Erklärung von Pressburg und dem Moskauer Abkommen» (über die Stationierung sowjetischer Truppen in der Tschechoslowakei) geschehe, diesen Diktaten also, die ja gerade die freiheitlichen Reformen zertrümmern wollen – das ist schwer zu verstehen. Den Dubcek, Cernik, Smrkowsky, Swoboda und wie sie alle heissen, ist ganz offenkundig das moralische Rückgrat gebrochen worden. Mit der Zustimmung zu den erwähnten «Verträgen» machen sie ja tatsächlich das Spiel der sowjetischen Führung mit, die sich nun darauf berufen kann, dass der Einmarsch der Truppen des Warschau-Paktes in die Tschechoslowakei jetzt vollkommen «legalisiert» sei und jede Kritik daran zu verstummen habe. Dass die Anerkennung der «Rechtsgültigkeit» des Einmarsches und dessen, was darauf folgte, nur mit Anwendung schwerster Druckmittel erzwungen werden konnte, davon redet man in Prag nicht mehr; unverbrüchliche Solidarität mit der Sowjetunion und ihren Helfern – das ist oberstes Gesetz für die «staatsmännisch» und «realistisch» handelnden Führer geworden. Die Eindringlinge, die im August nicht einmal ein halbes Dutzend Quislinge zu finden vermocht hatten, haben jetzt die Genugtuung, über eine Marionettenregierung zu verfügen, die mit den zuerst als «niederträchtige Verräter» beschimpften Führern der Reformbewegung selber besetzt ist. Eine groteskere, widersinnigere Lage kann man sich kaum vorstellen!

Die frühere Einheit von Regierung – eingeschlossen die Parteileitung – und Volk ist jedenfalls zerbrochen. Das gegenseitige Vertrauen ist dahin. Und wenn auch der Widerstandswille unter Schriftstellern, Journalisten und Studenten immer wieder aufflammt; wenn ein Teil der Arbeiter ganz offen mit den Intellektuellen gemeinsame Sache macht – eine Erscheinung, deren Bedeutsamkeit kaum zu überschätzen ist –; wenn es sogar heisst, dass die Volksmiliz (die bewaffnete Schutztruppe der Arbeiter) und Teile der Polizei wie des Offizierskorps recht unzuverlässige Stützen des neuen Regimes seien, so darf man wirklich die Hoffnung nicht begraben, dass früher, als wir heute denken mögen, die Stunde der Befreiung des tschechoslowakischen Volkes von seinen neuen Bedrückern schlagen werde. Wie werden aber dann, im neuen «Prager Frühling», die Kapitulanten der «Zwischeneiszeit» dastehen?

Die Hoffnung auf eine Wendung des Dramas ist um so fester begründet, je offenkundiger die Lüge zusammenfällt, dass im vergangenen Sommer der Sozialismus in der Tschechoslowakei tödlich bedroht gewesen sei und nur noch durch den Einmarsch einer halben Million lenintreuer Soldaten habe gerettet werden können. Genau das Gegenteil ist ja wahr, wie hier von Anfang an gezeigt wurde. «Das sozialistische Regime», so schreibt Ludek Broz von Prag im Pariser «Christianisme social» (Nr. 5–6), «hat sich in der Tschechoslowakei viel fester eingewurzelt als in anderen Ostländern.» Nach der Ergreifung der Macht durch die Kommunistische Partei seien das Programm und der Ideengehalt des Sozialismus nicht nur durch die Parteileute, sondern von der tschechoslowakischen Gesellschaft insgesamt angenommen worden. «Die Tschechen und Slowaken hatten so

eine viel kürzere Wegstrecke zu durchlaufen, um zum Aufbau eines modernen sozialistischen Staates zu kommen, als ihre osteuropäischen Nachbarn, von denen die meisten niemals die wohltätigen Wirkungen der Demokratie kennengelernt und nur in seltenen Augenblicken eine revolutionäre Freiheit genossen hatten.» Broz betont nachdrücklich, dass die Reformbewegung des letzten Jahres aus der bestehenden Ordnung selber herausgewachsen sei und hinter sich die grosse Mehrheit des Volkes gehabt habe. Alle Anklagen, es habe sich hier um eine opportunistische Revision des Sozialismus gehandelt, seien «die Folge entweder einer grundlegenden Verständnislosigkeit für Tatsachen oder einer vorgefassten Haltung, die abseits von der Wirklichkeit der Gegenwartsprobleme eingenommen worden ist».

Die militärische Besetzung der Tschechoslowakei und die gewaltsame Unterdrückung der Reformbewegung hat tatsächlich dort nicht den Sozialismus gerettet, sondern ihm – und nicht nur auf die Tschechoslowakei beschränkt – einen schweren Schlag versetzt. Was immer zum Beweis dafür vorgebracht wird, dass die CSSR mindestens bedenklich mit dem westlichen Kapitalismus geliebäugelt habe, z. B. durch Äusserung von Wünschen nach westlichen Anleihen und Handelsverbindungen, nimmt sich heuchlerisch aufgebauscht aus neben der *wirklichen* Aufweichung sozialistischen Willens und Handelns in der Sowjetunion. Hat nicht – um nur ganz wenige Erscheinungen herauszugreifen – die Sowjetunion mit der italienischen Fiat den Aufbau einer Automobilfabrik auf russischem Boden vereinbart? Liefert (oder lieferte) die Sowjetunion nicht planmässig Waffen an Nigeria, hinter dessen Krieg gegen Biafra das britische und amerikanische Ölkapital steht, an arabische Staaten, die alles andere als sozialistisch sind, an lateinamerikanische Regierungen, die jede revolutionäre Bewegung ersticken? Ist sie nicht ängstlich darauf bedacht, dem nordamerikanischen Kapitalismus innert seiner «Einflusszone» nicht in die Quere zu kommen? Sind das nicht alles Zeichen einer schon weit fortgeschrittenen Verbürgerlichung der regierenden Oberschicht in der Sowjetunion? Wo will man da in Moskau das Recht hernehmen, die Tschechoslowakei einer in vollem Gang gewesenen Gegenrevolution zu beschuldigen, die schleunigst und mit den rohesten Gewaltmitteln habe abgebremst werden müssen? Man kann die Verlogenheit im politischen Betrieb auch zu weit treiben! Mögen sich darum die Machthaber in Moskau und Warschau, in Ostberlin, Budapest und Sofia auch ihres Sieges über einen *lebendigen* Sozialismus freuen, der von der Tschechoslowakei aus ihr eigenes, erstarrtes Zwangsregime zu erschüttern drohte: die zukunftsvollen Kräfte unserer Zeit sind nicht auf ihrer Seite. Sie werden sich mit nur desto heftigerem Ungestüm durchsetzen, je blinder und verstockter sich die Unterdrückungsgewalten austoben. Man wird es sehen!

**Neuer kalter Krieg?** Inzwischen machen sich die international-politischen Wirkungen der Besetzung der Tschechoslowakei durch die Sowjetunion mehr und mehr bemerkbar. Es ist immerhin erfreulich, dass man auch im Westlager nicht an eine sowjetische

Absicht glaubt, in die Interessenzone der atlantischen Mächte und ihrer Gefolgsstaaten einzubrechen. Man gibt zu, dass es sich vorderhand nur um die Festigung des Ostblocks (wie man sie eben in Moskau versteht) und dessen Verteidigung gegen allfällige Vorstösse aus dem Westen handelt. Aber man befürchtet, dass die Sowjetführer mit der Bändigung der widerspenstigen Tschechoslowakei nicht zufrieden seien und über kurz oder lang weitere «brüderliche Hilfsaktionen» in der sozialistisch-kommunistischen Staatenwelt unternehmen werden. Rumänien und besonders Jugoslawien stehen dabei im Vordergrund. Für diesen Fall haben die *NATO-Mächte* nach langwierigen Beratungen in ihrem Kreis bereits bestimmte militärische Massnahmen ins Auge gefasst, die zwar keineswegs sehr eindrucksvoll sind, aber den Westvölkern doch ein gewisses Gefühl der Sicherheit und Zuschlagsbereitschaft geben sollen. Man wartet auf dieser Seite auch auf einen Regierungswechsel in Paris, der Frankreich wieder gegenüber dem Osten handlungsfähig machen soll, wie auch darauf, dass (um die «Neue Zürcher Zeitung», 17. November, anzuführen) «in anderen Zentren der westlichen Schicksalsgemeinschaft Führergestalten erscheinen, die sich an Weitblick und staatsmännischer Durchschlagskraft mit den Gründern des Atlantikpaktes vergleichen liessen». Ein geradezu mitleiderregender Stossseufzer, der nur das Ohnmachtsgefühl der unbelehrbaren antikommunistischen Scharfmacher im Westen verrät!

Ob die Warnungen, die von NATO-Seite aus an Moskau ergehen, dort die gewünschte Wirkung haben, darf bezweifelt werden. Solang die Sowjetunion nicht aus der ihr zugestandenen Interessenzone heraustritt, wird man im Westen auf neue Gewaltschläge Moskaus kaum anders antworten als im Fall der Tschechoslowakei – nämlich überhaupt nicht. Anders könnte es werden, wenn auch *Jugoslawien* aufs Korn genommen würde, das eben nicht einmal von Stalin zur Raison gebracht werden konnte und militärisch weniger verwundbar ist, als es die Tschechoslowakei war, von *Rumänien* nicht zu reden. Auch die Warnung des Generalsekretärs der NATO, dass jede von der Sowjetunion verursachte Krise im *Mittelmeer* und im *Nahen Osten* «weltweite Konsequenzen» haben würde, ist wohl ernst gemeint. In diesem Raum sind die beidseitigen Einflusszonen eben nicht klar abgegrenzt, so dass man weitherum mit einem Versuch Moskaus zur Ausdehnung seines Machtbereiches auf die Länder des Nahen und Mittleren Ostens rechnet. Die neue Annäherung der Sowjetunion an Persien gehört sicher in diesen Zusammenhang.

Wie aber steht es mit *Westdeutschland* und *Westberlin?* Die Sowjetdiplomatie pocht schon lange auf das ihr angeblich zustehende Recht, im Fall einer Bedrohung ihrer Westgrenzen oder der «Unabhängigkeit» ihrer Gefolgsstaaten durch die Bundesrepublik Deutschland militärisch einzugreifen. Und wie leichthin von Moskau eine solche Bedrohung konstruiert werden kann, hat man nun am Beispiel der Tschechoslowakei zur Genüge erfahren. Mit ihrer unwahren Behauptung, die Tschechoslowakei sei bereits von Westdeutschland aufs gefährlichste unterminiert gewesen, ist die Sowjetunion selber schuld, dass sich der Bundesrepublik nach dem 21. August

eine förmliche Panik bemächtigt hat und die Pläne zur Verstärkung der westlichen Zuschlagskraft greifbare Formen anzunehmen beginnen. Man soll also nicht noch diesen Propagandaschwindel unterstützen und dergleichen tun, als hätte eigentlich Moskau ganz recht gehabt, wenn es noch im letzten Augenblick die westdeutschen Pläne durchkreuzt und den Prager Schwächlingen (oder Verrätern) den Rücken gesteift habe.

Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass *auf weitere Sicht* die westdeutschen Ostpläne voller Gefahren für den Frieden und die Sicherheit der Ostblockländer sind, wie wir hier schon seit Jahr und Tag klarzumachen suchen. Die Bonner Regierung hat nie die bestehenden Grenz- und Machtverhältnisse in Osteuropa anerkannt, sucht sie vielmehr bald mit gröberen, bald mit feineren Mitteln zugunsten Deutschlands zu ändern. Die massive Militärrüstung Westdeutschlands hat keinen anderen Zweck, als «so oder so» eine solche Änderung herbeizuführen; von einer russischen Angriffsabsicht gegenüber Deutschland zu reden, hat sogar Adenauer zuletzt als abwegig erklärt, soviel er auch dazu beigetragen hat, Westdeutschland ins Lager der Westmächte zu führen, um es durch eine «Politik der Stärke» fähig zu machen, die Folgen des verlorenen Zweiten Weltkrieges auszulöschen. Die völlige Umkehr der Bundesrepublik von diesem Weg bleibt darum das A und O aller europäischen Friedenspolitik. *Hierauf* müssten alle Bemühungen gerichtet werden, aus dem Fall Tschechoslowakei die notwendigen international-politischen Folgerungen zu ziehen, nicht auf die Wiederaufnahme des Kalten Krieges gegen den Ostblock und die Verstärkung der westlichen «Abwehrbereitschaft» gegenüber der Gefahr eines russischen Stosses in den westlichen Machtbereich hinein. Dass daran im Westen kein Verantwortlicher denkt und die «weitblickenden Führergestalten», die die «Neue Zürcher Zeitung» ersehnt und die hier *wirkliche* Gelegenheit hätten, «staatsmännische Durchschlagskraft» zu beweisen, nicht von ferne sichtbar sind, das ist ein wahres Verhängnis und droht sich an unserem schon hinreichend geplagten alten Europa schwer zu rächen.

**De Gaulle in Nöten** Das ungelöste politische Problem Europas ist in den letzten Wochen noch weiter in den Hintergrund gedrängt worden, weil sich ein dringliches wirtschaftlich-finanzielles Problem in den Vordergrund geschoben hat. Gerade während ich diesen Rundblick auf die Welt werfe, hat die *französische Währungskrise,* die zu einer internationalen Angelegenheit ersten Ranges geworden ist, ihren Höhepunkt erreicht. Sie ist dadurch entstanden, dass teils im Gefolge der Mairevolution, teils wegen einer leichtfertigen Ausgabenwirtschaft des französischen Staates der Franc bedenklich ins Wanken gekommen ist, während in Westdeutschland die Wirtschaft neuerdings auf Hochtouren läuft, so dass massenhaft Franc-Bestände nach der Bundesrepublik abgeschoben wurden. In Bonn war darum ernstlich von einer möglichen Aufwertung der D-Mark die Rede; doch begnügt man sich vorerst mit einer Erschwerung der Ausfuhren und einer Erleichterung der Einfuhren in der Absicht, damit das Güterangebot im Inland zu steigern und den Wert der D-Mark stetig

zu halten. Allgemein wurde aber angenommen, dass Frankreich seinerseits zur Abwertung des Franc greifen müsse, um der Fluchtbewegung der Franc-Besitzer zu wehren. Eine eilig einberufene Konferenz der Vertreter der wichtigsten Industriestaaten hatte bereits Frankreich einen hohen Kredit zur Stützung seiner Währung bewilligt, als ganz überraschend General de Gaulle seine Regierung beschliessen liess, den Franc *nicht* abzuwerten. Die Unruhe und Verwirrung, die schon vorher die internationale Bank- und Börsenwelt ergriffen hatte, wurde dadurch noch erhöht, und es ist nicht abzusehen, wie in die internationalen Geld- und Währungsverhältnisse wieder einigermassen Ordnung gebracht werden kann – soweit so etwas auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaft überhaupt möglich ist.

General de Gaulle, der von Wirtschafts- und Finanzfragen soviel versteht wie sein Kammerdiener vom Chinesischen, hat seinen Entschluss nicht aus sachlichen Gründen gefasst; massgebend war für ihn, dass er bisher eine Abwertung des Franc als «gefährlichen Unsinn» bezeichnet hatte und es nicht über sich brachte, seinen Irrtum einzugestehen. Dazu kam, dass er es als demütigend empfand, ausländische Unterstützung für die kranke französische Währung annehmen zu müssen – und nationale wie persönliche Eitelkeit sind eben für Herrn de Gaulle von jeher starke Triebkräfte seiner Politik gewesen. Die Lage, in der sich Frankreich heute befindet, muss von ihm als um so peinlicher empfunden werden, je klarer sich erweist, dass weder sein langjähriges Bemühen, England in die Rolle des «kranken Mannes Europas» zu drängen, auf die Länge Erfolg haben wird, noch erst recht sein Versuch, den amerikanischen Dollar aus den Angeln zu heben. Noch mehr: de Gaulles ganze Europapolitik ist durch die Franc-Krise neuerdings schwer erschüttert worden. Ursprünglich hatte der Präsident-General innerhalb der NATO ein Dreierdirektorium – Frankreich, Grossbritannien und die Vereinigten Staaten – erstrebt. Als noch unter Eisenhower dieser Plan gescheitert war, arbeitete de Gaulle an der Herstellung einer Achse Bonn–Paris mit dem Hintergrund eines Bundes der europäischen «Vaterländer» vom Atlantik bis zum Ural. Auch damit wurde es nichts, und die Besetzung der Tschechoslowakei durch die Russen bedeutet wohl endgültig den Zerfall der französisch-sowjetischen Freundschaft. Und nun gibt die wirtschaftliche und finanzielle Überlegenheit Westdeutschlands über Frankreich dem Selbstbewusstsein von Frankreichs Führer zu neuer Grösse einen weiteren Stoss. Für die Bundesrepublik ist diese ganze Lage freilich keineswegs sehr beneidenswert; man möchte es in Bonn mit dem ehemals so hochgepriesenen Freund doch nicht ganz verderben. Aber ob de Gaulle selbst sich noch lang wird am Ruder behaupten können, ist mehr als fraglich. Wie hier schon im Oktoberheft bemerkt wurde, verstärkt sich der Eindruck, dass der Gaullismus nun vollends erledigt ist. In der so künstlich zusammengezimmerten Parlamentsmehrheit, auf die sich de Gaulle stützt, zeigen sich bereits bedenkliche Risse. Die wirklichen Finanzfachleute seiner Partei stehen innerlich nicht zu ihm; und wenn die Ersatzmassnahmen, die der Präsident anstelle der Franc-Abwertung befohlen hat, nicht sehr schnell über die Krise hinwegführen, mag es sein, dass eben

unter einem neuen Präsidenten ein Ausweg aus der verfahrenen Lage gesucht werden muss. De Gaulle selbst hat ja – vielleicht in Vorahnung der Dinge, die da kommen würden – bereits den erfahrenen Bankier Pompidou zu seinem Nachfolger erkoren...

**Chinas zweite Revolution** In *China* vollziehen sich seit zwei, drei Monaten wichtige Umgestaltungen, die einer zweiten Revolution im Zeichen von Mao Tse-tungs Gedankenwelt gleichkommen. Es ist freilich schwer, ein zuverlässiges Bild von diesen Vorgängen zu gewinnen. Was in der bürgerlichen Presse und Literatur darüber zu finden ist, trägt den Stempel unverständiger, oft böswilliger Sozialismusfeindschaft zu offenkundig auf sich, um als sachliche Berichterstattung hingenommen werden zu können. Die Zeitschriften und Bücher anderseits, die aus amtlichen chinesischen Quellen stammen, verbreiten, noch ganz abgesehen von ihrem widerlichen Mao-Kult, derart grobes Propagandamaterial, dass man sich ihrer nur mit grosser Vorsicht bedienen kann. Man ist so auf Berichte unabhängiger und doch das neue China mit Liebe studierender Beobachter angewiesen – und deren gibt es in der westlichen Welt recht wenige. Von dem Zerrbild, das die sowjet-kommunistische Presse von China entwirft, sei überhaupt nicht die Rede.

Als gesicherte Tatsache darf auf jeden Fall gelten, dass der wild-gewalttätige Abschnitt der *Kulturrevolution,* der durch die Herrschaft der Roten Garden gekennzeichnet wird, abgeschlossen ist. Das Aufgebot und freie Waltenlassen der revolutionären Jugendlichen hat in Maos Augen seinen Zweck erreicht: die alte, überlieferte Denkweise und Kultur zu zertrümmern und den Sinn für eine ganz neue Auffassung der geistigen Werte Chinas zu wecken. Namentlich die alte Intellektuellenschicht hat nichts mehr zu sagen; aber auch die jungen Intellektuellen, die in Maos Erneuerungsbewegung eine bedeutende Rolle gespielt haben, wurden mehr und mehr als Gegenrevolutionäre auf die Seite geschoben. Eine eigentliche Intellektuellenfeindschaft nahm überhand und führte zur fortschreitenden Verdrängung der Intellektuellen aus den Schulen und Universitäten durch kampfentschlossene «Arbeitergruppen». Das eigentliche Ziel ist dabei eine weitreichende und nur allmählich zu erreichende *Bildungsreform,* die den Unterschied von Gebildeten und Ungebildeten aufheben, die Arbeiter- und Bauernkinder planmässig ins Schulsystem eingliedern und die Ausbildungszeit stark verkürzen will. Die Primar- und Sekundarschulzeit wird vielfach auf zusammen neun Jahre (gegen zwölf bisher) vermindert. Nach ihrem Abschluss haben die Jugendlichen ein paar Jahre in der Landwirtschaft zu arbeiten, um dann der Prüfung auf ihre Hochschulfähigkeit unterworfen zu werden, für die nicht nur geistige, sondern auch politische «Reife» als massgebend erachtet wird. Die Proletarisierung der Intellektuellen ist anscheinend schon recht weit gediehen und macht auch vor hervorragenden Gelehrten wie Atomforschern und Kernwaffentechnikern nicht halt.

Ein zweites Hauptziel der Kulturreform, die *Säuberung der alten Parteibürokratie,* ist ebenfalls nahe daran, erreicht zu werden. Als Vertreter eines

oberflächlichen Revisionismus, der die revolutionären Kräfte einschläfere, sind zahllose «alte Kämpfer» aus der Kommunistischen Partei planmässig entfernt worden, bis hinauf zu Liu Schao-tschi, dem bisherigen Staatspräsidenten und früheren Vertrauten Maos, der vom Zentralkomitee an seiner jüngsten Tagung aller seiner Partei- und Staatsämter als «Verbrecher, Abtrünniger, Spion und Arbeiterverräter» entkleidet wurde. An Stelle dieser Funktionäre werden jetzt «Revolutionsausschüsse» eingesetzt, die aus zuverlässigen Soldaten, gebesserten Parteimitgliedern und ehemaligen Rotgardisten gebildet werden. Die Säuberungsbewegung begann vor bald zwei Jahren in den nordöstlichen Provinzen; sie hat kürzlich ihren Abschluss in den weit von Peking entfernten Provinzen des Westens und Nordwestens – Sinkiang, Tibet insbesondere – gefunden. Die Maoisten scheinen jetzt sozusagen das ganze Riesenreich in ihrer Gewalt zu haben.

Eine Hauptrolle spielten dabei die örtlichen *Militärführer*. Eine ganze Reihe von ihnen wurde im Zug der Kulturrevolution ausgeschaltet; mit den übrigen vermochte Mao seine Parteisäuberung erfolgreich zu beendigen. In 19 von Chinas 26 Provinzen sollen jetzt Militärführer an der Spitze der Revolutionsausschüsse stehen; doch ist Mao sehr besorgt, sich die Generäle nicht über den Kopf wachsen zu lassen, vielmehr sein nächstes grosses Ziel zu erreichen, die *Partei* von unten bis oben organisatorisch wie ideologisch zu erneuern. Die Parteileitung liegt gegenwärtig in den Händen einer Gruppe von 14 Männern und Frauen, die an die Stelle des früheren Politbüros getreten ist und acht ehemalige «Kulturrevolutionäre– mit Mao und seiner Frau sowie Maos mutmasslichem Nachfolger Lin Piao –, aber nur drei Generäle aufweist. Die übrigen drei Mitglieder sind Ministerpräsident Tschu En-lai und zwei Polizeichefs. Die alten «Apparatschiks» sind ganz ausgeschieden.

Sehr wenig vernimmt man gegenwärtig über die *aussenpolitischen* Ziele des Mao-Regimes. Und doch kann als sicher angenommen werden, dass gerade die jüngsten Entwicklungen in Südostasien und im ausserchinesischen Ostblock die gespannte Aufmerksamkeit der Regierenden in Peking finden. Dass sich jedenfalls der Gegensatz zwischen China und der Sowjetunion nicht gemildert, sondern eher noch verschärft hat, ersieht man schon aus dem Eifer, mit dem Moskau seinen Plan einer Weltkonferenz der Kommunistischen Parteien verfolgt, die eben doch die Ächtung Chinas in aller Form aussprechen soll. Maos China anderseits hört nicht auf, die Sowjetunion des verräterischen Zusammenspiels mit den Vereinigten Staaten zu beschuldigen, wofür die Stillhaltepolitik Washingtons gegenüber der Eroberung der Tschechoslowakei durch die Warschaupakt-Truppen ein neuer Beweis sei. Manche Leute gehen sogar so weit, dass sie China im Verdacht haben, sein Übervölkerungsproblem auf Kosten des dünn besiedelten asiatischen Machtbereichs der Sowjetunion lösen zu wollen. Man kann solche Vermutungen als phantastisch abtun; Tatsache bleibt immerhin, dass auch am Ende dieses stürmisch bewegten Jahres der Gegensatz zwischen den beiden Führungsmächten des Weltkommunismus gefahrdrohend weiter-

dauert und besonders in Asien der Einfluss der Sowjetunion in offenkundigem Schwinden begriffen ist, während das revolutionäre China in der Dritten Welt – und nicht nur in Asien – immer stärkeres Gewicht erlangt. Der erzwungenen Wiedereingliederung der Tschechoslowakei in den Sowjetblock kommt auch von hier aus gesehen nur die Bedeutung einer kurzlebigen Episode zu.

Ende November 1968 *Hugo Kramer*

## Gedanken zur heutigen Weltlage

An einer Versammlung zur Eröffnung der Kampagne gegen die Armut sagte *die Witwe von Martin Luther King,* was uns not tue, sei eine neue Definition der *Gewalt.* «Ein Kind Hunger leiden lassen, ist Gewalt. Eine Kultur unterdrücken, ist Gewalt. Schulkinder verkommen lassen, ist Gewalt, und Benachteiligung eines Arbeiters ist Gewalt.»

Kurz vor dem spanisch-amerikanischen Krieg (1900) publizierte Billy Mitchells Vater, ein *pazifistischer Senator der USA,* einen Protest, der durch Vietnam höchst aktuell geworden ist: «Kein Soldat sollte aufgeboten werden, um unsere Ideen von Freiheit und Gerechtigkeit in ein fremdes Volk zu schiessen.»

Das «*Wall Street Journal*» berichtete letzthin, dass die französische Regierung die Maginotlinie zum Verkauf ausgeschrieben habe und dass deutsche Schilderhäuschen als Wetterschutz für Badegäste gebraucht werden sollen. Und in der «*Saturday Review*» prophezeit John Ciardi, dass am Ende überhaupt jede militärische Einrichtung nur noch als Sehenswürdigkeit für Touristen überleben werde. Er hofft, dass bald alle Militärs nur noch wie die Gardesoldaten vor dem Buckingham-Palast als Objekte für Farbenphotographie dienen werden. Vielleicht kommt die Zeit, da «nur Museen, und nur wenige von ihnen, noch in der Lage sein werden, zu zeigen, worin, womit und wofür Menschen einst Krieg führten».

*Norman Cousins* stellt in «An American Editor's Odyssey» fest, dass der Mensch und die Ameise die einzigen Tiere sind, die die organisierte Vernichtung der eigenen Art praktizieren. Viele Tiere töten sich aus Hunger, aber die Entomologen (Insektenkenner) sind sich einig, dass organisierte Gewalt der Ameise instinktiv ist, bestreiten aber, dass dasselbe für den Menschen gilt. Soll man daraus schliessen, dass der Krieg etwas Perverses ist?

### *Deutsch-amerikanische Macht*

Richard Brown jun. schreibt in der «New York Times»: «Wir müssen bedenken, dass, wenn uns die Macht Deutschlands nicht länger schreckt, sie von Russland aus gesehen jederzeit durch die Macht Amerikas garantiert wird. Aus «The Churchman», November 1968